

Niederschrift

über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses am Montag, 13.02.2017 um 16:00 Uhr, im Rathaus, Raum 105, Am Rathaus 1, 40721 Hilden

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Torsten Brehmer SPD

stell. Vorsitz

Herr Reinhard Zenker CDU

Ratsmitglieder

Herr Reinhold Daniels SPD

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Hartmut Toska Bündnis90/Die Grünen

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD für Herrn Hoppe

Sachkundige Bürger/innen

Herr Frank Sondermann SPD

Herr Manfred Gleißner CDU

Herr Dr. Wolfgang Püttgen CDU

Frau Dörthe Dylewski FDP

Frau Ulrike Ellendt-Kelzenberg BÜRGERAKTION

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt

Frau Beigeordnete Rita Hoff

Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete

Frau Dorothee Arnold

Frau Gleichstellungsbeauftragte Monika Ortmanns

Frau Anke Maurer

Herr Christian Funck Personalrat

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden
- 3 Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen
- 4 Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2016 bis 31.01.2017
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Brehmer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen war und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden

WP 14-20 SV
10/040

Zunächst verlas Frau Dylewski einen Antrag der FDP-Fraktion, der sich mit der Ermittlung von Fakten zum Stellenplan befasst und bat darum, eine Antwort im nächsten Personalausschuss vorzulegen, was von Herrn 1. Beig. Danscheidt zugesagt wurde.

RM Toska bat um die Angabe, ob die im Personalmanagementkonzept (PMK) erwähnten Orientierungsgespräche (OG) freiwillig oder pflichtig zu führen seien und erkundigte sich nach der Möglichkeit, eine Gesundheitsquote anzugeben. Herr 1. Beig. Danscheidt gab an, dass die OG nur von den Vorgesetzten verpflichtend anzubieten seien, die Mitarbeiter/innen dies aber ablehnen könnten. Es würde oft mit den Zielvereinbarungsgesprächen zusammen geführt, eine separate Dokumentation werde nicht immer gemacht. Eine Gesundheits- oder auch Krankenquote könne zwar erstellt werden, sei aber mit einem hohen Auswertungsaufwand verbunden.

RM Daniels bat um Konkretisierung der Aussage in Abs. 4, dass gutes Personal nur schwer zu finden sei. Herr 1. Beig. Danscheidt erklärte, dass es zunehmend Probleme gebe, Stellen mit entsprechend qualifiziertem Personal zu besetzen, das sei insbesondere im Bereich der sozialen und der technischen Berufe so. Zwischenzeitlich mache sich dies aber auch bei den Auszubildenden bemerkbar (keine Testteilnahme, Abspringen kurz vor Ausbildungsbeginn etc.). Man müsse deshalb Prozesse so steuern, dass mit weniger Personal der Effekt nicht so stark zu spüren sei. Die Stadtverwaltung müsse sich als attraktiver Arbeitgeber besser vermarkten, deshalb wolle man auch entsprechende Instrumente im PMK ausbauen.

Die Frage von Frau Ellendt-Kelzenberg nach dem Kontakt zu Schulen bestätigte Herr 1. Beig. Danscheidt. Die Verwaltung sei selbstverständlich auch auf Ausbildungsbörsen vertreten. Allerdings scheinen große Verwaltungen attraktiver für junge Leute zu sein. Dies bestätigte auch der Vorsitzende, Herr Brehmer, für die Privatwirtschaft.

Erste Vorschläge aus dem PMK sollen zum Stpl 2018 vorgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Weiterentwicklung des Personalmanagements bei der Stadt Hilden zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss beschließt zum Haushaltsplan-Entwurf 2017 die in der Anlage aufgeführten Änderungen.

Antrag 021 – Produkt 010801 – Kennzahlen

Der Antrag wurde aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung von RM Toska dahingehend geändert, dass die Kennzahl nicht den Migrationshintergrund, sondern die ausländische Staatsangehörigkeit abbilden solle.

RM Prof. Dr. Bommermann erkundigte sich nach dem Hintergrund dieser Anfrage, zumal die Mitarbeiter/innen mit Behinderung diese Tatsache der Verwaltung nicht bekanntgeben müssen. Er plädierte außerdem dafür, nur zielführende Fragen zu stellen und die Verwaltung von überflüssigen Arbeiten zu entschlacken, was von Herrn Burchartz und RM Zenker bestätigt wurde. Die Intention, so RM Toska, sei, dass die Verwaltung damit auch Aussagen zur Erfüllung der Pflichtquote oder möglichen Ausgleichszahlungen geben könne. Auch im Hinblick auf die Problematik Flüchtlinge und Integration sei die Frage nach der Staatsangehörigkeit interessant.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (7:5)

CDU	Nein
SPD	Ja
BA	Nein
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Nein

Antrag 026 – Produkt 010804 – externe Mitarbeiterbefragung

RM Toska plädierte für die Durchführung einer externen Mitarbeiterbefragung, da seiner Meinung nach sich viele Mitarbeiter sonst nicht beteiligen würden. Hierfür solle die Politik die nötigen Mittel bereitstellen. Frau Dylewski befürchtete, dass sich an dem Betriebsklima nichts ändern würde, da unsicher sei, was mit dem Ergebnis passiert.

Die Bürgermeisterin erläuterte, dass nur solche Fragen gestellt würden, von denen man steuerbare Ergebnisse erwarte. Das Personalmanagement sei ein langer Prozess, der mit der zunehmenden Digitalisierung die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verändere. Die Ausschussmitglieder Zenker, Burchartz und Ellendt-Kelzenberg sahen keine Notwendigkeit, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Dem widersprach RM Toska, da er selbst gute Erfahrungen damit gemacht habe.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (11:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Nein

Antrag 011 – div. Produkte – keine Neueinstellungen im Verwaltungsbereich

Es bestand einhellige Meinung darüber, dass massive Sparmaßnahmen eingeleitet werden müssten und die einzelnen Wiederbesetzungen von der Verwaltung aus sachlicher Sicht geprüft werden müssen. RM Daniels unterstrich die Sichtweise, da seiner Meinung nach die Fraktionen, wenn sie Kürzungen beantragen, auch angeben müssten, wo genau welche Einschnitte vorgenommen werden sollen.

RM Prof. Dr. Bommermann erläuterte seinen Antrag insoweit, dass die Verwaltung aus seiner Sicht keine ergebnisoffenen Wiederbesetzungsprüfungen vornehmen würde. Alle Anträge seiner Fraktion und damit alle Einsparungsbemühungen seien abgelehnt worden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (11:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Ja
Grüne	Nein
FDP	Nein

Antrag 017 – div. Produkte – Reduzierung Personalbestand

Herr 1. Beig. Danscheidt erläuterte, dass alle Ämter aufgefordert wurden, Einsparungsvorschläge zu unterbreiten. Über viele Jahre seien bereits zusätzliche Aufgaben übertragen worden oder eine Steigerung von Fallzahlen sei mit dem vorhandenen Personal aufgefangen worden. Zu beachten sei, dass der Umfang des Stellenplans zwar in den vergangenen Jahren gestiegen sei, dies aber nicht in dem Maße, wie es der Ausbau der Kitas, der OGS und der Feuerwehr sowie weitere Beschlüsse des Rates erfordert hätten. Die Verwaltung habe hier also bereits Einsparungen realisieren können.

Eine Rückführung auf den Personalbestand von 2006 hätte damit nicht „nur“ negative Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger, sondern würde die Aufgabenerledigung insgesamt in Frage stellen. Dies wäre bei gesetzlich verpflichtend wahrzunehmenden Aufgaben rechtlich nicht zulässig.

Sowohl RM Daniels wie auch RM Toska signalisierten die Ablehnung des Antrags, da die Verwaltung bereits auf dem richtigen Kurs sei.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (11:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Ja
Grüne	Nein
FDP	Nein

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Wiederbesetzung freier Stellen für den Zeitraum vom 01.02.2016 bis 31.01.2017 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 16:55 Uhr

Torsten Brehmer
Vorsitzender

Anke Maurer
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Norbert Danscheidt
1. Beigeordneter